



NACHHALTIG LEBEN UND WIRTSCHAFTEN

Die Positionen der kfd

Wir fordern: Eine zukunftsfähige Gesellschaft erfordert einen verantwortungsvollen Umgang mit den globalen Ressourcen ebenso wie die Beseitigung jeder Diskriminierung von Frauen und Mädchen.

Frauen und Männer haben durch ihr alltägliches Handeln und ihren Konsum, bei der Nahrungszubereitung und Reinigung, durch ihr Wohnen und Mobilitätsverhalten sowie bei der Mülltrennung als Einzelne wesentlichen Einfluss auf die Umwelt.

Es bedarf gesetzlicher Regelungen, um Unternehmen zu verpflichten, entlang der gesamten Produktionskette für faire und nachhaltige Arbeits- und Produktionsbedingungen zu sorgen

Transparenz, damit Verbraucher*innen sozial gerechte und nachhaltig produzierte Waren erkennen können. Gesetzlich verankerte Siegel und Kennzeichen, die nachprüfbare Produktionsstandards garantieren

Ernährungssouveränität der Menschen stärken - das Recht auf Nahrung gilt für alle Menschen.

Den ökologischen Umbau der Landwirtschaft zur Erhalt der Vielfalt, insbesondere durch Umwidmung der Agrarsubventionen zugunsten der nachhaltigen Landwirtschaft und eindeutige und gesetzlich verankerte Kennzeichnung von biologisch und fair produzierten Produkten entlang der Lieferketten.

Umsetzung von Klimaschutzziele mit dem Ziel, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen

Schaffung dezentraler Energieversorgung und Ausbau der erneuerbaren Energien

Förderung emissionsarmer Verkehrsnetze - insbesondere der Ausbau von

Fußwegen und Radwegenetze

Intelligente CO₂-Bepreisung

Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Abfallvermeidung und deren gesetzliche Verankerung

Förderung von Reparierbarkeit und der Produktion von Mehrwegprodukten

Die Positionen von CDU/CSU

Überlebensfragen der gesamten Menschheit und deshalb Schwerpunkte unserer Klima-Außenpolitik sind das Erreichen der Klimaziele sowie die Bewahrung der Artenvielfalt und der Wälder.

CDU/CSU setzen verbindlich die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 um.

Ziel von CDU/CSU ist es, dass langfristig ein globaler Emissionshandel etabliert wird.

Sie wollen, dass internationale Erfolge beim Klimaschutz auch in nationalen Klimabilanzen berücksichtigt werden - zusätzlich zu den eigenen Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland.

Sie setzen auf das Instrument des Emissionshandels und kompensieren entstehende Mehrbelastungen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität.

Davon ausgehend strebt sie einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit an - Einnahmen werden sie in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen sie die EEG-Umlage ab.

Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden. Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimateffizienzreform wollen wir auf das Klimapakete aufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf CO₂-Ausstoß ausrichten.

Mit einem Sonnenpaket werden CDU/CSU den Ausbau der Photovoltaik fördern; sie

fördern den naturverträglichen Ausbau von Wind onshore und offshore sowie das Repowering von Anlagen.

Ihr Ziel ist, den Landbau ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig weiterzuentwickeln - in Kooperation mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie.

Sie begleiten die Landwirtschaft verlässlich beim ökologischen Wandel.

Sie werden Innovationen schnell umsetzen und Investitionen in Tierwohl fördern. Sie werden ein Tierwohlstall-Förderungsgesetz erlassen, emissionsarme Modellställe entwickeln und die Landwirte beim Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen der Borchert-Kommission unterstützen.

CDU/CSU halten verlässlichere Regelungen für Tiertransporte für notwendig.

Die Positionen der SPD

Spätestens im Jahr 2050 ist Deutschland komplett klimaneutral

Spätestens 2038 ist in Deutschland auch Schluss mit der Kohleverbrennung. Das sind historische Entscheidungen.

Anteil erneuerbarer Energien enorm steigern, den Energie-Mix weiter ausweiten und bestehende Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen abbauen.

Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien beziehen.

Alle dazu geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten eine Solar-Anlage bekommen. Unser Ziel ist eine Solar-Anlage auf jedem Supermarkt und jeder Schule. Wir werden innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle und auf landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

Unnötiges Plastik vermeiden und abschaffen.

Produkte müssen so gestaltet werden, dass man sie wiederverwenden, recyceln und auch reparieren kann.

Agrarförderung so ausrichten, dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann

Verbesserung des Tierwohls bei Einführung einer flächenbezogenen Obergrenze. Wir werden für die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohllabels mit

nachvollziehbaren Regeln sorgen.

Gesunde und nachhaltige Ernährung für alle ermöglichen.

Um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen, werden wir es den Produzenten und dem Handel untersagen, genießbare Nahrungsmittel wegzuerwerfen

Wildwuchs an selbst kreierten Labeln von Unternehmen zur Nachhaltigkeit ihrer Produkte beenden und ein verbindliches staatliches Label entwickeln

Die Positionen von Bündnis 90/ Die Grünen

Lebensqualität durch Klimaneutralität

Pariser Klimaabkommen in den Mittelpunkt stellen und das Handeln aller Ministerien danach ausrichten.

Lebensqualität durch Klimaneutralität: Weniger Individualverkehr = weniger Abgase, mehr Platz um sicher Rad zu fahren und spazieren zu gehen. Besserer Ausbau der Nahverkehrsnetzes. Gesundes Essen, hergestellt unter Wahrung des Tier- und Umweltschutzes.

Gesellschaftsvertrag zwischen Politik, Landwirt*innen und Verbraucher*innen

Erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften: Ausbauoffensive erneuerbare Energien

Klimaneutralität durch eine sozial-ökologische Marktwirtschaft: Klimafreundliche Alternativen wettbewerbsfähig machen. CO₂-Preiserhöhung auf 60 Euro bereits im Jahr 2023. Einnahmen aus der Co₂-Steuer durch Senkung der EEG-Umlage direkt an Bürger*innen zurückgeben.

Klimaschutzgesetz und den Klimaschutzplan überarbeiten und - im Einklang mit dem höheren neuen europäischen Klimaziel - das deutsche Klimaziel 2030 auf -70 Prozent anheben

Eine Million neue Solardächer bis 2025, mehr Photovoltaik auf bereits versiegelten Flächen (Autobahnen, Parkplätze...).

Jährlicher Zubau von 5-6 GK Wind an Land sowie 35 GW auf See bis 2035, unter Beachtung des Natur- und Artenschutzes.

Ausbau der Möglichkeiten der Wasserstoffherzeugung und -nutzung.

Vollendung des Atomausstiegs in Deutschland 2022.

Die Positionen von Die Linke

Ökologischer und sozialer Systemwechsel: Für einen LINKEN Green New Deal

Wir fordern die Energiewende mit 100 Prozent Erneuerbaren bis 2035. Wir wollen den Kohlausstieg bis spätestens 2030. Wir wollen die Energiekonzerne entmachten und eine Energiewende in Bürgerhand, in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum.

Wir wollen ein sozial wie klimagerecht ausgerichtetes Lieferkettengesetz. Dieses muss die CO₂-Bilanz in der gesamten Wertschöpfungskette einbeziehen.

Solidarisch finanzierter Nulltarif im ÖPNV für alle. Statt neue Autobahnen zu bauen, wollen wir den Ausbau des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs in den Kommunen und Regionen finanzieren und demokratisch gestalten

Das Angebot und Streckennetz der Bahn muss flächendeckend ausgebaut werden und bezahlbar sein, so dass alle Ziele bequem mit der Bahn erreichbar sind. Bahntickets machen wir billiger und führen eine Sozial-Bahncard ein, die die Ticketpreise halbiert.

Wir wollen, dass die Bundesrepublik bis spätestens 2040 keine Treibhausgase mehr produziert. Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden. Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz.

Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden. Energiesperren, die einkommensarme Haushalte treffen, wollen wir verbieten und ein preisgünstiges Grundkontingent für Strom, Wasser und Heizstoffe einführen.

Wir fordern, dass Klimaschutz als Erweiterung der Grundrechte in der Verfassung aufgenommen wird. Alle Entscheidungen der Politik und die Verfügung über Eigentum müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, dazu gehören Klimaschutz und der Abbau von sozialer Ungleichheit. Verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen müssen den Konzernen klare Vorgaben machen.

Wir wollen eine strukturelle Reform des EEG und den Ökostromanteil auf 80 Prozent bis zum Jahr 2030 und auf 100 Prozent bis 2035 erhöhen.

DIE LINKE unterstützt Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch BHKWs im Keller oder Photovoltaik-Anlagen (PV) auf dem Dach.

Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen, Ausbau von Ökolandbau, Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften sind besonders zu unterstützen

Grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik - ab der kommenden Förderperiode sollen die Zahlungen konsequent an Umwelt- und Sozialkriterien gebunden werden. Auf EU-Ebene eine Politik für null fossile Brennstoffe, eine stark reduzierte Tierhaltung und einen drastisch reduzierten Pestizideinsatz bis spätestens 2040.

Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten - finanziert durch einen Naturerbe-Fonds. Auch über diese Flächen hinaus müssen Gebiete zur Wildnis-Entwicklung ausgewiesen werden, um das 2020-Ziel von zwei Prozent Wildnis zu erreichen.

Die Positionen der FDP

Wir Freie Demokraten wollen mit der Bioökonomie Antworten auf globale Herausforderungen unserer Zeit finden: Klimawandel, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, Sicherstellung der Welternährung und die Endlichkeit fossiler Rohstoffe

Emissionshandel mit einer einheitlichen Bepreisung auf alle Emissionen ausweiten, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen

Projekte in anderen Staaten zu finanzieren und die entsprechenden Treibhausgasreduktionen auf die eigenen Ziele anzurechnen. - Da es für das Klima irrelevant ist, an welcher Stelle CO₂ eingespart wird, wollen wir bei höheren Zielen künftig die Möglichkeit eröffnen, diese im Sinne einer ökonomisch effizienten Klimapolitik auch über Maßnahmen nach Artikel 6 des Pariser Abkommens zu erreichen

Weltweit mehr Wald und Moore für Klimaschutz: Wälder und Moore sind Hüter von Biodiversität und wirksame Kohlenstoffspeicher.

Mehr alternative Kraftstoffe.

Stromspeicher sind eine Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Wir wollen Speicher daher als eigenständige Säule des Energiesystems neben Produzenten, Netzen und Verbrauchern rechtlich definieren und für einen wirtschaftlichen Betrieb von Abgaben und Umlagen befreien.

Wir sehen in CDR (Carbon Direct Removal)-Technologien, durch die CO₂ der Atmosphäre direkt entzogen wird, eine große Chance für den Klimaschutz. Dazu

braucht es ein eigenes Gesetz. Um CDR zu fördern, wollen wir das 55 Prozent-Ziel um ein 5 Prozent-Negativemissionsziel ergänzen.

Luftqualität: Kluge Lösungen statt Fahrverbote - intelligente Verkehrsführung zur Stauvermeidung und Verbesserung des ÖPNV, Zulassung synthetischer Kraftstoffe.

Artenschutz bei uns und weltweit.

Umweltpolitik als Innovationsmotor.

Europaweites Tierwohllabel für Transparenz und verantwortungsvolle Haltung.

Transparente Nährwertinformationen und frühzeitige Ernährungsbildung in Kindertagesstätten und Schulen.

Nachhaltige Nutzung der Fischbestände sichern - Grundschieppnetz-Fischerei beschränken und Fangtechniken artenspezifisch anpassen, beispielsweise durch die Vergrößerung der Maschenweite von Fangnetzen. Beifang soll bei den Fangquoten angerechnet werden.

Modernes Wildtiermanagement, das eine Bejagung von Wolf, Kormoran, Nandu und Biber ermöglicht.

Nachhaltige Landwirtschaft durch neue Technologien - zügige Zulassung von In-vitro-Fleisch in der EU, wissenschaftlich basierte Zulassungskriterien für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen, neue Möglichkeiten in der Futtermittelversorgung für Nutztiere wie Insekten- und Tiermehl.

Die Positionen der AfD

Reine Luft und sauberes Wasser sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren Schutz zu den Prioritäten der AfD zählt.

Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen faktisch auf null zu senken, lehnt die AfD ab.

Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehrsteuer und richtet sich gegen unrealistische CO₂- Reduktionsziele der EU; sie lehnt den "Green Deal" der EU sowie jegliche weitere Formen von Planwirtschaft ab.

Die AfD setzt sich für die Verstromung von Braun- und Steinkohle als grundlast- und regelfähige Energiequelle ein.

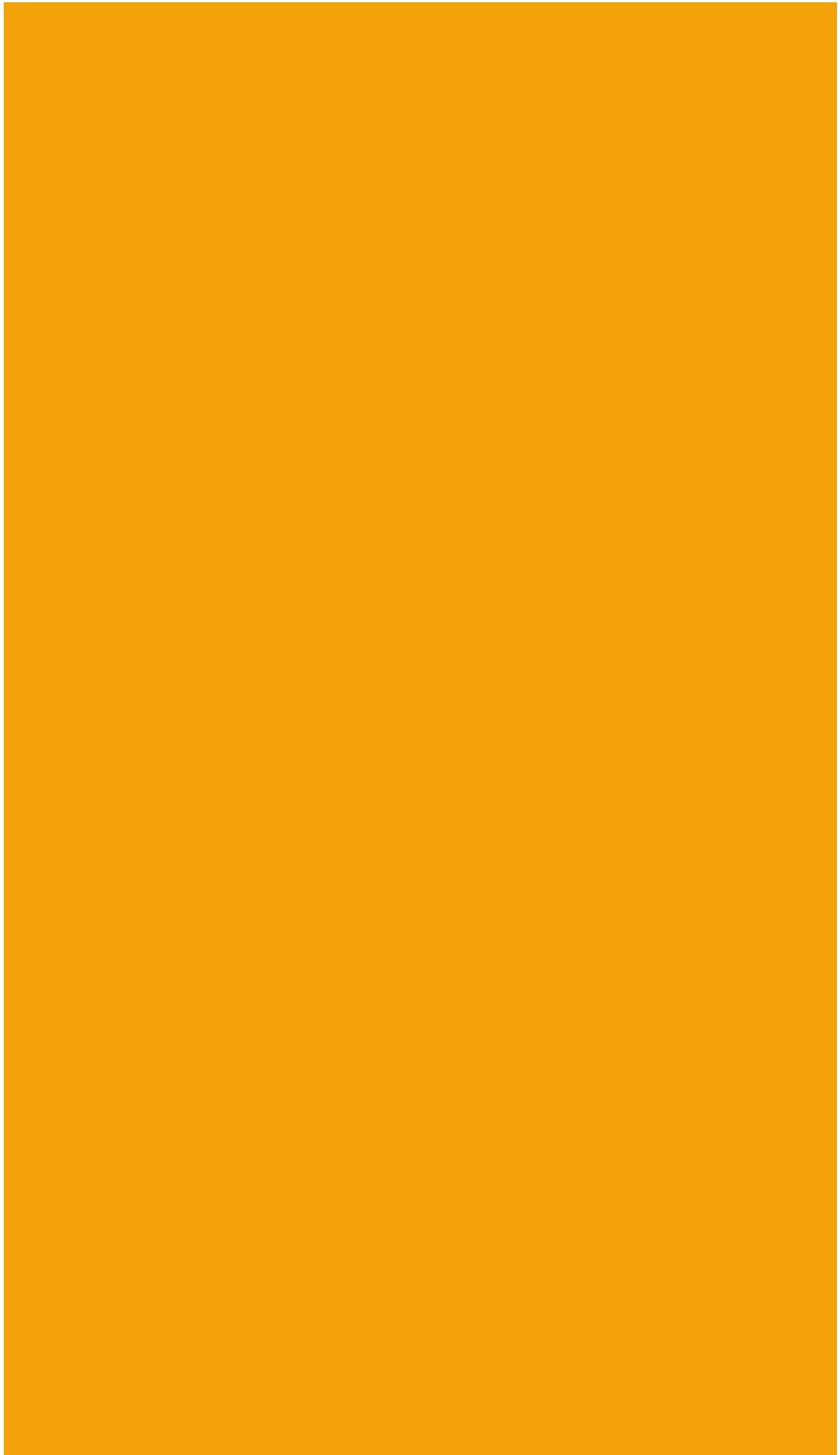
Die AfD tritt ein für die Neueinrichtung von sicheren Kernkraftwerken, um

Energieknappheit für den Industriestandort Deutschland zu vermeiden.

Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. - Motorisierten Individualverkehr schützen.

Bei Verbrauchern wie Erzeugern will die AfD eigenverantwortliches Handeln fördern. Die Verbraucher sollten auf regional erzeugte Lebensmittel zurückgreifen können.

Die AfD steht für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne ihrer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. - Förderung artgerechter Haltungssysteme in der Nutztierhaltung, Einsatz für ein Netz regionaler Schlachtbetriebe.



Anleitung_Arbeit_Wahlpruefsteine.pdf 143 KB [Download](#)

Wahlpruefstein_Nachhaltig_leben_und_wirtschaften.pdf 273 KB [Download](#)



Am Sonntag, 26. September 2021, wird ein neuer Bundestag gewählt. Übernehmen Sie Verantwortung, gehen Sie zur Wahl! Foto: pixabay

STAND: 23.06.2021